

Anzeige Petentin gegen Bischöfin Fehrs + Ergänzung

Silke Schumacher, Planckstraße 11, 22765 Hamburg, 18.02.2025

STRAFANTRAG	1
1. Veruntreuung vertraulicher Informationen	1
1.1. Veruntreuung via Nicht-Kommissionsmitglied	2
1.2. Veruntreuung via „Zuarbeit“ Stabsstelle Prävention Hamburg an Fachstelle EKD- Hannover.	3
1.3. Veruntreuung via „externe Stelle“	3
1.4. Veruntreuung via Pastor R.-Befragung und Verschwindenlassen der Protokolle	4
2. Dokumentenfälschung: Fälschung von Sitzungsprotokollen	4
3. Nötigung im Amt	6
3. Verleumdung	7
3.1. Indirekte Verleumdung via OKR Lenz	7
3.2. Verleumdung per Lüge gegenüber OKR Lenz	8
4. Verschleppung der Deklaration ihrer Befangenheit	9
5. Vertrauensbruch	9
Ergänzung zu meiner Anzeige gegen Bischöfin Fehrs vom 18.02.2025	10

STRAFANTRAG

Gegen

Kirsten Claudia F e h r s

Geburtsdatum/-ort: 12.09.1961/ W e s s e l b u r e n

stelle ich, Silke Schumacher, wegen aller in Betracht kommenden Delikte, einschließlich der im Folgenden aufgeführten.

1. Veruntreuung vertraulicher Informationen

“Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB): Personen in bestimmten Berufen (z. B. Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Seelsorger:innen), die zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, können sich strafbar machen, wenn sie vertrauliche Informationen ihrer Klienten oder Patienten veruntreuen oder unbefugt weitergeben.“¹

Bischöfin Fehrs hat vertrauliche Informationen, über die sie als Vorsitzende der Unterstützungsleistungskommission unter den Bedingungen des Verschwiegenheitsgebot nach dem SeelGG Kenntnis erlangt hat, veruntreut. Das tat Bischöfin Fehrs, als sie

¹ Für die Benennung der einzelnen Delikte habe ich die Ergebnisse einer Befragung der AI der Plattform X, „Grok“, benutzt. In diesem Fall hieß die Frage, „Ist Veruntreuung vertraulicher Informationen ein Straftatbestand?“

(1) Anfang 2021 in ihren Ämtern als „Vorsitzende der Unterstützungsleistungskommission (ULK)“ und „Vorsitzende des Beirates der Stabsstelle Prävention“ dem damaligen ULK-Geschäftsführer und stellvertretenden Geschäftsführer der Stabsstelle Prävention, Herrn Rainer Kluck, Einzelheiten aus den beiden ULK-Sitzungen mit mir am 16.12.2019 und 29.10.2020 weitergab,

(2) im Sommer 2024 in ihren Ämtern als „amtierende EKD-Ratsvorsitzende“ und „Vorsitzende des Beirates der Stabsstelle Prävention“ den ehemaligen, von ihr im Juni 2024 in die Rente verabschiedeten Geschäftsführer der Stabsstelle Prävention, Rainer Kluck, mit der stellvertretenden Leitung der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ der EKD in Hannover beauftragte und diese mit aus der Stabsstelle Prävention veruntreuten (und gefälschten!) Informationen für das der Synode und der Presse dann zur „Exkulpation“ von Bischöfin Fehrs vorgelegte Schreiben² der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt EKD“ vom 28.10.2024 zu versorgen,

(3) indem sie externe Stellen mit einer Prüfung meines mit der ULK begonnenen Aufarbeitungsprozesses beauftragt³ hat, was schwer ohne die Weitergabe von Inhalten aus den beiden vertraulichen ULK-Sitzungen und aus meiner Korrespondenz⁴ mit der Bischöfin Fehrs, der ULK und der Kirchenleitung denkbar ist, und

(4) Inhalte aus den ULK-Sitzungen in die Befragung des Zeitzeugen Pastor R. einfließen und die entsprechenden Befragungsprotokolle verschwinden ließ.

In allen vier Fällen gab Bischöfin Fehrs vertrauliche Information aus meinen Gesprächen mit der ULK *ohne meine Einwilligung* weiter.

1.1. Veruntreuung via Nicht-Kommissionsmitglied

Im Zuge einer amtsmissbräuchlichen Delegation der Übernahme der Gesprächsführung an ihren Verwaltungsmitarbeiter Kluck hat Bischöfin Fehrs Einzelheiten aus den beiden ULK-Gesprächen (am 16.12.2019 und 29.10.2020) mit mir unautorisiert weitergeben: Herrn Kluck hatte Bischöfin Fehrs unangekündigt auf mich „angesetzt“, um den Aufarbeitungsprozess nach diesen beiden Gesprächen den Aufarbeitungsprozess mit mir quasi von vorn zu beginnen. Das tat Bischöfin Fehrs, nachdem sie ihre am 16.12.2019 und 29.10.2020 überdeutlich gewordenen Befangenheit nicht mehr vertuschen konnte. Diese betrifft Pastor R., ihren persönlichen Freund, der, für sie völlig überraschend, am Ende des ersten Gespräches im zu bearbeitenden Missbrauchskontext als tief verstrickter Mitwisser- und Mittäter aufgetaucht war.

² Siehe [hier](#).

³ Siehe dazu die in der Anzeige von Herrn Stahl zusammengestellten Pressemeldungen.

⁴ Siehe dazu den „Anhang Korrespondenz“, [hier](#) und [hier](#).

Mit dieser „schmutzigen Delegation“⁵ an Herrn Kluck hat Bischöfin Fehrs aus meiner Sicht den „Vertrag“ mit mir gebrochen, der entsprechend der eindeutigen Ankündigung auf der Website der Stabsstelle Prävention darin bestand, sie würde mit den drei namentlich benannten anderen Kommissionsmitgliedern zusammen mit mir die Aufarbeitungsgespräche führen. Zu denen gehörte der für die Terminplanung und andere Orga-Dinge eingesetzte Verwaltungsmitarbeiter, Herr Kluck, eindeutig nicht.

1.2. Veruntreuung via „Zuarbeit“ Stabsstelle Prävention Hamburg an Fachstelle EKD-Hannover

Bischöfin Fehrs hat in ihrem Ämtern „Vorsitzende des Beirates der Stabsstelle Prävention“ und „Ratsvorsitzende der EKD“ Informationen aus meinen ULK-Gesprächen an die „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ für die Herstellung einer Pressemeldung weitergeben lassen. Für diese Aktion einer Veruntreuung vertraulicher (und darüber hinaus von ihr und Herrn Kluck gefälschter) Informationen, hatte sie Herrn Kluck als „Stellvertretenden Leiter der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ der EKD in Hannover eingesetzt. Diese Veruntreuung bezieht die Synodalen der evangelischen Kirche ein, an die Bischöfin Fehrs die mit Hilfe von Herrn Kluck und der „Stabsstelle Prävention der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland“ erzeugten Falschinformationen der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ am 11.11.2024 tagsüber ebenso weitergegeben hat, wie am 12.11.2024 abends an die Presse.⁶

1.3. Veruntreuung via „externe Stelle“

*„Ein Beispiel für die Veruntreuung vertraulicher Informationen in einem kirchlichen Amt könnte folgendermaßen aussehen: Eine Geistliche, die **Zugang zu sensiblen Informationen** aus Beichtgesprächen oder Seelsorge hat, **gibt diese Informationen ohne Zustimmung der betroffenen Person an Dritte weiter**. Beispielsweise könnte ein Priester **vertrauliche Details** über die persönlichen Probleme eines Gemeindemitglieds, die er während der Beichte erfahren hat, **öffentlich preisgeben oder an eine andere Person weitergeben, um persönliche Vorteile zu erlangen**, sei es finanziell, sozial oder anderweitig. Ein solches Verhalten würde nicht nur das **Vertrauen in die Kirche untergraben** [Hervorhebung von mir], sondern könnte auch rechtliche Konsequenzen haben, da es gegen Datenschutzgesetze und das Beichtgeheimnis verstößt, das in vielen Ländern gesetzlich geschützt ist.“⁷*

⁵ Siehe dazu das Kapitel „A.7.1. Veruntreuung im Zuge der schmutzigen Delegation an den bischöflichen ‚Mann fürs Grobe‘ Rainer Kluck“ in der seit Januar 2023 öffentlich zugänglichen Materialsammlung von Herrn Stahl und mir. Der Link findet sich auf der Seite [„Oberstes Gebot Täterschutz. Evangelische Kirche lässt Missbrauchsaufarbeitung scheitern“](#). Es gibt auch einen direkten [Download-Link](#) zur jeweils aktuellen Version.

⁶ Siehe dazu die [Anzeige](#) von Herrn Stahl gegen Bischöfin Fehrs, die das PK14 (AZ 014/1K/0814559/2024) an die Staatsanwaltschaft übermittelt hat und außerdem seinen Blogbeitrag vom 21.11.2024 [„EKD-Ratsvorsitzende Fehrs lässt die Synode und die Presse belügen“](#). Aufschlussreich sind auch seine Beiträge [„Lügnerin Paradox. Die Verrücktmacher-Kommunikation der EKD-Ratsvorsitzenden Fehrs“](#) (16.12.2024) und [„Falschspieler-Kirche. Die gezinkten Karten der EKD-Ratsvorsitzenden“](#) (07.01.2025).

⁷ Antwortete Grok u.a. auf die Frage, „Was ist ein Beispiel für die Veruntreuung vertraulicher Informationen in einem kirchlichen Amt?“

Bischöfin Fehrs hat am 12.11.2024 abends der Presse gegenüber angegeben, dass sie eine nicht näher bezeichnete „externe Stelle“ mit einer Prüfung meines Aufarbeitungsprozesses der ULK beauftragt hat. Diese Veruntreuung vertraulicher Informationen, als Straftatbestand in Tateinheit mit Dokumentenfälschung, hat Herr Stahl ausführlich in seiner Anzeige gegen Bischöfin Fehrs⁸ und in seinem Blogbeitrag [„Falschspieler-Kirche. Die gezinkten Karten der EKD-Ratsvorsitzenden“](#) beschrieben.

1.4. Veruntreuung via Pastor R.-Befragung und Verschwindenlassen der Protokolle

Bischöfin Fehrs hat, zwar im privaten Kontext, aber, da sie es weder niedergelegt noch übertragen hat, in ihrem Amt als bischöfliche ULK-Vorsitzende eine Befragung von Pastor R. durchgeführt. Sie hat nicht meine Erlaubnis dafür eingeholt, Inhalte aus den ULK-Gesprächen im Gespräch mit Pastor R. zu verwenden. Sie ist verpflichtet, die Befragungen zu dokumentieren, die entsprechenden Protokolle zu archivieren und auf Verlangen von mit ihrer Petentin einsehen zu lassen. Bischöfin Fehrs hat die Protokolle verschwinden lassen, sie ebenso veruntreut, wie die mit Pastor R. besprochenen Details aus meinen ULK-Gesprächen.⁹

2. Dokumentenfälschung: Fälschung von Sitzungsprotokollen

„Vertrauliche Informationen über Gemeindemitglieder (z. B. Beichtgeheimnisse oder Beratungsprotokolle) erfinden oder verändern, um Personen zu schaden oder zu erpressen.“¹⁰

Bischöfin Fehrs hat meine ULK-Unterlagen gefälscht. Das tat sie, wie oben erwähnt, vermutlich in Zusammenarbeit mit Herrn Kluck, der im Laufe der „Causa Fehrs“ (16.12.2019 bis heute) zuerst ULK-Geschäftsführer und stellvertretender (bis Sommer 2022) und danach (bis zu seiner Verrentung Sommer 2024) Geschäftsführer der Stabsstelle Prävention war und dann von Sommer 2024 bis zur Würzburger Synode im November 2024 „Stellvertretender Leiter der Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“. Gefälscht wurden die Protokolle der beiden ULK-Sitzungen vom 16.12.2019 und 29.10.2020. Die im Schreiben der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ angegebenen Inhalte stimmen nicht mit den tatsächlichen, von mir und Herr Stahl schon seit April 2021 mehrfach veröffentlichten Inhalte überein.¹¹

Am 19.11.2024 kommentierte ich in einer [Mail](#) an die in der ULK-Nachfolge auch in der „Stabsstelle Prävention der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland“ angesiedelte Anerkennungskommission die aus dieser Stabsstelle stammenden, von Bischöfin Fehrs dann über die ihr als EKD-Ratsvorsitzende unterstellte „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt der EKD“

⁸ Siehe die [Anzeige gegen Bischöfin Fehrs et al.](#)

⁹ Siehe in der Materialsammlung das Kapitel „A.8. Wo sind die Protokolle der Befragung von Pastor R. durch Bischöfin Fehrs?“

¹⁰ Auch aus der Antwort auf die Frage an Grok, „Was ist ein Beispiel für die Fälschung vertraulicher Informationen in einem kirchlichen Amt?“

¹¹ Zu den Lügen und Falschdarstellungen im Schreiben der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ siehe das Kapitel „1.3.3.2. Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ in der Anzeige von Herrn Stahl.

verbreiteten falschen Informationen und stellte diese bis heute nicht beantworteten, hier etwas abgeänderten Fragen¹²:

(1) *„Im Zuge deren zweiter Sitzung wurde durch Aussagen von Herrn Stahl deutlich, dass es der Betroffenen zunächst in erster Linie um Aufarbeitung ging und sie im Weiteren eine disziplinarrechtliche Aufklärung des Sachverhalts forderte.“* Das ist frei erfunden.¹³ Mir ging es weder im ersten (am 16.12.2019) noch (am 29.10.2020) im zweiten Gespräch um *„eine disziplinarrechtliche Aufklärung des Sachverhalts“*, die ja den verstorbenen Pastor D. betreffen würden. Ich habe weder um eine solche gebeten, geschweige denn sie *„gefordert“*. Schon gar nicht hat Herr Stahl sich in dieser unsinnigen Weise geäußert.

Der Hinweis, die *„Zuständigkeit lag aber weder für Aufarbeitung, noch für eine solche Prüfung bei der Unterstützungsleistungskommission, die deshalb in diese Richtung nicht tätig werden konnte“* ist doppelt absurd: Natürlich ging es in den ULK-Gesprächen um die Aufarbeitung des Missbrauches durch Pastor D. an mir, aber um *„eine disziplinarrechtliche Aufklärung“* in Bezug auf wen auch immer ging es in diesen Gesprächen in keiner Sekunde. Dieser Hinweis auf eine Nicht-Zuständigkeit dient hier erkennbar einzig dem Zweck eines Framings: Er stellt mich und Herrn Stahl als Menschen dar, die etwas fordern, was nicht geht, sprich, die zu viel fordern. Ein schmutziger Kommunikationstrick.

(2) *„Wie auch Herr Stahl in seinem Blog selbst beschreibt, wurde in dieser zweiten Sitzung der Unterstützungsleistungskommission von der Betroffenen zudem ein neuer Sachverhalt vorgetragen. Sie habe beobachtet, wie ein anderer Pastor sexuellen Kontakt zu ihrer Schwester und einer Freundin gehabt hätte.“* Das stimmt nicht!

Die Beziehung von Pastor R. zu meiner Schwester hatte ich schon am Ende des ersten Gespräches am 16.12.2019 angesprochen, sehr zum Erstaunen von Bischöfin Fehrs. Schon seit April 2021 ist der Bericht von mir und Herrn Stahl über das für Bischöfin Fehrs völlig überraschende Auftauchen des in diesem ersten Treffen von mir benannten Zeitzeugen Pastor R., ihres persönlichen Freundes, im von ihr zu bearbeitenden Missbrauchskontext öffentlich: zuerst in unserem „Arbeitspapier für das erweiterte Aufarbeitungssystem der ULK-Petentin Silke Schumacher“¹⁴, welches Herr Stahl und ich als Grundlage für ein drittes Treffen mit der ULK geschrieben hatten, von Bischöfin Fehrs aber via Herrn Kluck zurückgewiesen wurde, und dann mehrfach in unserer Materialsammlung.

¹² Herr Stahl veröffentlichte sie in seinem Blogbeitrag [„EKD-Ratsvorsitzende Fehrs lässt die Synode und die Presse belügen“](#) vom 21.11.2024.

¹³ Sehen Sie dazu bitte auf Seite 69 im [„Arbeitspapier für das erweiterte Aufarbeitungssystem der ULK-Petentin Silke“](#) unsere Berichte im Kapitel *„B.2. Zum zweiten Gespräch (29.10.2020) - Absturz in die Belanglosigkeit“*, sowie das Kapitel *„H.16.d Herstellung von banaler Belanglosigkeit“* in unserer [Materialsammlung](#).

¹⁴ Zu finden im „Arbeitspapier“ unter *„B.1. Zum ersten Gespräch (16.12.2010) - Empathie, Verständnis und Kooperation“*. Diesen Text gibt es in drei Versionen, die sich nur im Adressatenkreis unterscheiden: Die Versionen vom [06.04.2021](#) und [07.04.2021](#) trugen den Titel: *„Grundlagenpapier für eine Arbeitstagung ‚Aufarbeitungssystem‘“*; die vom [15.05.2021](#) *„Arbeitspapier für das erweiterte Aufarbeitungssystem der ULK-Petentin Silke Schumacher“*, als Empfängerin kam hier Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt hinzu.

Den „sexuellen Kontakt“ von Pastor R. „zu meiner Freundin“, deren „Fellatio-Interaktion“, hatte ich am 05.08.2021 zum ersten Mal gegenüber OKR Tetzlaff erwähnt¹⁵, dem damaligen disziplinarischen Vorgesetzten von Bischöfin Fehrs, bei dem ich mich über Frau Fehrs beschwert hatte.

Weder habe ich Bischöfin Fehrs, als von einem „neuen Sachverhalt“ von der Fellatio meiner Freundin an Pastor R. berichtet, noch ist es richtig, dass Herr Stahl in seinem Blog geschrieben hätte, dass „in dieser zweiten Sitzung der Unterstützungsleistungskommission von der Betroffenen zudem ein neuer Sachverhalt vorgetragen“ wäre. Dass Bischöfin Fehrs hier Herrn Stahl Indiskretion unterstellen ließ, ist nicht das erste Mal. Sie tat es auch, als sie Herrn Kluck 25.05.2021 Herrn Stahl den nicht zutreffenden Vorwurf machen ließ¹⁶, er sei Schuld daran, dass der Klurname von Pastor R. öffentlich wurde.

(3) „Herr Stahl spricht dennoch beständig von einem gescheiterten ULK-Aufarbeitungsprozess. Das ist aber nach dem Recht der Nordkirche unzutreffend.“ Ich meine, „gescheitert“ ist durchaus ein angemessenes Wort für die Tatsache, dass Bischöfin Fehrs mit mir, wie es Frau Hillmann in Ihrem Schreiben vom 23.09.2024¹⁷ausgedrückt hat, nach dem zweiten Gespräch „ergebnislos auseinandergegangen“ ist und danach versucht hat, den Aufarbeitungsprozess mit mir verantwortungsdiffundierend an ihre Mitarbeiter:innen Kluck und Dr. Arns¹⁸, sowie an ihre Vorgesetzten im Landeskirchenamt zu delegieren. Völlig unnachvollziehbar ist für mich der Hinweis, „nach dem Recht der Nordkirche unzutreffend“.

3. Nötigung im Amt

Bischöfin Fehrs war als Mitwisslerin und Mittäterin, zusammen mit Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und der damaligen Ratspräsidentin Kurschus, daran beteiligt, dass OKR Lenz, wie vorher schon OKR Tetzlaff und OKRin Kühl, mich genötigt und erpresst hat, dem Landeskirchenamt die Kontaktdaten meiner Schwester und meiner Freundin preiszugeben. Ich habe Bischöfin Fehrs und den Oberkirchenrät:innen Tetzlaff, Kühl und Lenz sehr deutlich gemacht, dass ich (1) Pastor R. nicht belasten will und, dass ich (2) gute Gründe habe, meine Schwester und Freunde nicht zu denunzieren und nicht in die Situation zu bringen, über Pastor R. aussagen zu sollen.

Bischöfin Fehrs hat die Macht ihrer Personalunionsämter missbräuchlich genutzt, als sie die Nötigung durch Oberkirchenrät:innen Tetzlaff, Kühl und Lenz als Straftatbestand gemäß § 240 StGB zugelassen und dadurch mitbetrieben hat. Das tat sie vermutlich absichtlich, da meine Weigerung zu denunzieren von Bischöfin Fehrs, OKR Lenz und dem „Verfahrenskoordinator“ Herrn Kluck strategisch genutzt wurde, um meinen Aufarbeitungsprozess im Sande verlaufen zu lassen.

Ich wurde dazu genötigt und erpresst, Pastor R. zu belasten. Aber von Pastor R. habe ich mich nicht als geschädigt wahrgenommen, sondern ich habe ihn im Kontext des Missbrauches durch Pastor D., der mich als Konfirmandin vergewaltigt und geschwängert hat, eher als unterstützend und mir helfen

¹⁵ Siehe [hier](#).

¹⁶ Siehe [hier](#).

¹⁷ Siehe [hier](#).

¹⁸ Siehe in der [Materialsammlung](#) das Kapitel „F.13.f. Delegee #2: Frau Dr. Arns“.

wollend erlebt. Ich hatte Pastor R. weder anklagen, beschuldigen noch bloßstellen, sondern ausschließlich als potenziell hilfreichen und für mich ressourcenreichen Zeitzeugen in den Aufarbeitungsprozess einbeziehen wollen. Denn ich hatte die Hoffnung, Pastor R. könne, im Sinne des kirchenseitig angekündigten gegenseitigen Lernens, etwas Aufklärendes oder Erhellendes zur Gesamtsituation und zur Dynamik des damaligen Missbrauchsgeschehens in der Philippus-Gemeinde beitragen.

Den Straftatbestand der Nötigung beschreiben wir für die Kirchenleitung von EKD und Nordkirche im Kapitel „B. ‚Und erlöse uns von dem Übel...‘ — Das klerikal-banale Böse im Strafgesetzbuch“ im unserem Blogbeitrag „*Der Fisch stinkt vom Kopf*“. Offener Brief an die EKD-Ratsmitglieder und die Leitung der Nordkirche.“¹⁹

3. Verleumdung

*Verleumdung ist nach § 187 StGB die vorsätzliche Verbreitung unwahrer Tatsachen über eine andere Person, die geeignet sind, diese in der öffentlichen Meinung herabzusetzen oder verächtlich zu machen, mit der Absicht, deren Ansehen zu schädigen.*²⁰

Neben der eben beschriebenen Verleumdung, die in der Nutzung der von Bischöfin Fehrs und Herrn Kluck gefälschten Informationen bestand, die durch die von Bischöfin Fehrs gelenkten „Fachstellen“ in Hamburg und Hannover verbreitet wurden, gab es zwei weitere Verleumdungen, die Bischöfin Fehrs zu verantworten hat.

3.1. Indirekte Verleumdung via OKR Lenz

„Indirekte Verleumdung liegt vor, wenn die herabwürdigende Aussage nicht direkt, sondern auf verklausulierte, verschleierte oder implizite Weise gemacht wird.“²¹

Bischöfin Fehrs hat mich indirekt, auf implizite Weise verleumdet, als sie OKR Lenz ihre Lüge verbreiten ließ, sie würde Pastor R. „nur dienstlich kennen“ und es unterlassen hat, ihn aufzufordern, diese unwahre Tatsachenbehauptung zu korrigieren. Diese Lüge ist eine der Grundlagen der von Herrn Stahl in seiner Anzeige zitierten vielen, auf dem Falschinformationen enthaltenden „Informationsschreiben“ der „Fachstelle Sexualisierte Gewalt im Kirchenamt“ beruhenden Presseberichte.

Das Unterlassen einer Richtigstellung stellt in diesem Fall eine indirekte Form der Verleumdung dar, denn Bischöfin Fehrs hat OKR Lenz bewusst eine unwahre Tatsachenbehauptung²² in den Raum stellen

¹⁹ Hier als [Blogbeitrag](#) oder [PDF](#). Er findet sich auch im „[Anhang Korrespondenz](#)“ unter dem Datum 01.08.2024. Dieser und weitere wichtige Links finden sich auf der Seite [„Oberstes Gebot Täterschutz. Evangelische Kirche lässt Missbrauchsaufarbeitung scheitern.“](#)

²⁰ Definition nach Grok.

²¹ Aus der AI-Antwort von „Grok“ (X) auf die Frage, „Gibt es justitiable indirekte Formen von Verleumdung?“

²² „Voraussetzungen für Strafbarkeit: Unwahre Tatsachenbehauptung. Die Aussage muss eine nachprüfbare Tatsache betreffen, keine bloße Meinung.“ Grok, AI von X

und öffentlich verbreiten lassen²³. Sie hat ihn damit meinen Ruf schädigen lassen²⁴, da er mich mit dieser weder von ihr noch von ihm korrigierten Behauptung indirekt als Lügnerin hinstellt. Habe ich doch mehrfach öffentlich gesagt, dass Pastor R. ein persönlicher Freund von Bischöfin Fehrs ist und berichtet, wie Bischöfin Fehrs den von mir am 16.12.2019 erwähnten Zeitzeugen Pastor R. in einem unüberlegten, sehr spontanen und überraschten Ausruf als persönlichen Freund „geoutet“ hat. Sich selbst hat Bischöfin Fehrs als plötzlich persönlich hoch involvierte Freundin von R. dadurch zu erkennen gegeben, dass sie sofort anfang, neugierige, von mir schließlich abgewehrte Fragen nach der Natur der Liebesbeziehung von Pastor R. mit meiner damals 16-jährigen Schwester zu stellen.²⁵ In diesem Gespräch ging es schließlich nicht um Pastor R., sondern um seinen damaligen Kollegen, Pastor D., der mich 1986 missbraucht, vergewaltigt und geschwängert hat. Mit ihrem persönlich-emotionalen Reagieren auf das für sie offensichtlich völlig unerwartete Auftauchen ihres Freundes R. im Missbrauchskontext ist Bischöfin Fehrs deutlich erkennbar aus dem sachlich-amtlichen Rahmen unseres ersten Gespräches herausgefallen.

Bischöfin Fehrs hat OKR Lenz die „Nur-Dienstlich“-Lüge verbreiten lassen. Damit trifft zu: *“Wenn jemand eine verleumderische Aussage nicht selbst trifft, sondern Dritte dazu anstiftet oder diese ermuntert, die unwahren Tatsachen zu verbreiten, kann dies ebenfalls strafbar sein (z. B. durch Anstiftung oder Beihilfe, §§ 26, 27 StGB).“*²⁶ Außerdem: *„In seltenen Fällen kann auch das Unterlassen einer Richtigstellung eine indirekte Form der Verleumdung darstellen, wenn jemand bewusst eine unwahre Tatsachenbehauptung im Raum stehen lässt, um den Ruf eines anderen zu schädigen.“*²⁷

Ich gehe davon aus, dass die von Bischöfin Fehrs via Herr OKR Lenz betriebene indirekte Form der Verleumdung justitiabel ist, da die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind²⁸: Unwahre Tatsachenbehauptung: *„Die Aussage muss eine nachprüfbare Tatsache betreffen, keine bloße Meinung.“* Öffentlichkeit: *„Die Aussage muss in der Öffentlichkeit oder gegenüber Dritten verbreitet werden.“* Herabwürdigende Wirkung: *“Die Aussage muss geeignet sein, den Ruf der betroffenen Person zu schädigen.“* Vorsatz und Schädigungsabsicht: *“Der Täter muss mit Wissen und Wollen handeln und die Absicht haben, den Ruf der betroffenen Person zu schädigen.“*

3.2. Verleumdung per Lüge gegenüber OKR Lenz

Bischöfin Fehrs hat offensichtlich OKR Lenz direkt belogen, dass sie Pastor R. nur dienstlich kennen würde. Denn es ist wohl nicht davon auszugehen, dass OKR Lenz mit Bischöfin Fehrs und Pastor R. befreundet ist und aus eigener, Jahrzehnte langer Erfahrung mit beiden Personen heraus diese als

²³ „Voraussetzungen für Strafbarkeit: Öffentlichkeit. Die Aussage muss in der Öffentlichkeit oder gegenüber Dritten verbreitet werden.“ Grok, AI von X

²⁴ „Voraussetzungen für Strafbarkeit: Vorsatz und Schädigungsabsicht. Der Täter muss mit Wissen und Wollen handeln und die Absicht haben, den Ruf der betroffenen Person zu schädigen.“ Grok, AI von X

²⁵ Diese Szene haben wie zuerst beschrieben im oben zitierten „Arbeitspapier“ und dann mehrmals in unserer „Materialsammlung“.

²⁶ Sagt Grok, (X), „Indirekte Formen der Verleumdung“ und dann unter „Verbreitung durch Dritte“.

²⁷ Sagt Grok, (X), „Indirekte Formen der Verleumdung“ und dann unter „Verleumdung durch Unterlassen“.

²⁸ Wiederum zitiert nach Grok (X).

Tatsachenbehauptung formulierte Aussage getroffen hat: „In Ihrer Beschwerde unterstellen Sie Frau Bischöfin Fehrs, sie hätte in schädlicher Weise Einfluss auf das bisherige Verfahren genommen. Sie behaupten, eine Freundschaft zu einem Ruhestandsgeistlichen wäre dafür der Grund. Dieser Einschätzung kann ich nicht folgen. Die Beziehung der beiden Personen ist nicht privater, sondern rein dienstlicher Natur.“²⁹

4. Verschleppung der Deklaration ihrer Befangenheit

Bischöfin Fehrs hätte als ULK-Vorsitzende ihre für mich, meinen Unterstützer, Herrn Stahl, und sicher auch für die drei weiteren Kommissionsmitglieder sehr deutlich gewordene Befangenheit erklären müssen, zeitnah, spätestens bis zum Jahresende 2019. Das hat sie bis heute nicht getan, wie die Kriminologin Dr. Arns, damals Geschäftsführerin der Stabsstelle Prävention, das als Sprecherin von Bischöfin Fehrs am 02.08.2021 deutlich machte: „Die Unterstützungsleistungskommission der Nordkirche ist ein Gremium, deren Mitglieder unabhängig und weisungsfrei agieren. **Alle Kommissionsmitglieder stehen dabei in der Verantwortung, sämtliche persönliche Verhältnisse, wie Verwandtschaften, familiäre Beziehungen oder Bekanntschaften zu Personen offenzulegen, die in den Berichten der Betroffenen eine entscheidende Rolle spielen.** Aus diesem Grund war Bischöfin Fehrs dazu verpflichtet — wie in Ihrem Fall geschehen — **Ihre Bekanntschaft mit Pastor R.** [Hervorhebungen TS] umgehend transparent zu machen. Angesichts Ihrer Schilderungen, und um den Eindruck einer Befangenheit der Kommission entgegenzuwirken, wird sich Bischöfin Fehrs vollständig aus Ihrem Verfahren mit der Unterstützungsleistungskommission zurückziehen und in keinem weiteren Kontakt mehr mit Ihnen stehen. Die drei Ihnen bereits bekannten Kommissionsmitglieder stehen weiterhin für eine Fortführung der Gespräche zur Verfügung.“³⁰

Die „Bekanntschaft mit Pastor R.“ ist also, nach der von Frau Dr. Arns in dieser Mail mitgelieferten Definition, ein „persönliches Verhältnis“ und nicht, wie es Oberkirchenrat Lenz per Tatsachen-Falschbehauptung deklarierte, eine Beziehung „rein dienstlicher Natur“³¹. Dass sie ein „persönliches Verhältnis“ zu Pastor R. hatte, hätte Bischöfin Fehrs veranlassen müssen, ihr Amt als Vorsitzende der Unterstützungsleistungskommission niederzulegen und an eine andere kirchliche Person von ähnlichem Autoritätsrang zu übertragen. Mir mit „angesichts Ihrer Schilderungen“ die Schuld für ihre Befangenheit zu geben ist lächerlich. Auch lächerlich ist die Idee, ihre drei, alle ihre Äußerungen abnickenden Kommissionsmitglieder könnten unbefangen mit mir weiter über den Missbrauchskontext reden, in den Pastor R., der persönliche Freund ihrer Kommissionsvorsitzenden, tief verstrickt ist.

5. Vertrauensbruch

„Vertrauensbruch bezeichnet das bewusste oder fahrlässige Brechen des Vertrauens, das eine Person, eine Institution oder eine Gemeinschaft in jemanden gesetzt hat. Im Kontext des Missbrauchs der Macht eines Amtes, bedeutet Vertrauensbruch, dass eine Amtsperson die Erwartungen und Verantwortungen,

²⁹ Am 29.11.2022 in einer [Mail](#) von Oberkirchenrat Lenz an mich.

³⁰ Siehe die [Mail](#) von Frau Dr. Arns.

³¹ Siehe 29.11.2022 Lenz an Petentin und [Original-Mail](#):

die mit ihrer Position verbunden sind, verletzt. Dies geschieht oft durch Handlungen wie Korruption, Amtsmissbrauch oder das Ignorieren der Interessen derjenigen, die sie repräsentieren soll. Ein Vertrauensbruch kann schwerwiegende Folgen haben, darunter der Verlust von Glaubwürdigkeit, rechtliche Konsequenzen und das Schädigen des öffentlichen Wohls.“³²

Bischöfin Fehrs, als Vorzeige-Person der evangelischen Kirche für den Umgang mit Missbrauchsfällen, hat einen solchen Vertrauensbruch schuldhaft verursacht.

Ergänzung zu meiner Anzeige gegen Bischöfin Fehrs vom 18.02.2025

Hiermit ergänze ich meine Anzeige gegen Bischöfin Fehrs vom 18.02.2025 und zeige zusammen mit Bischöfin Fehrs ihren zum Tatzeitpunkt für sie zuständigen disziplinarischen Vorgesetzten, Oberkirchenrat (OKL) Lenz, dessen disziplinarische Vorgesetzte, Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und die damalige Ratspräsidentin Kurschus als ihre geistlich Vorgeordnete an: Sie missbrauchten, vor den Augen der inner- und außerkirchlichen Öffentlichkeit verborgen, ihre leitenden kirchlichen Ämter, um Bischöfin Fehrs beim Vertuschen ihrer Dienstvergehen zu helfen, die darin bestehen, ihre Befangenheit nicht deklariert, diese Nicht-Deklaration verschleppt und diesen Straftatbestand über fünf Jahre hinweg vertuscht zu haben. Bischöfin Fehrs, OKR Lenz, Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und die damalige Ratspräsidentin Kurschus handelten innerhalb der Kirche als verschworene Gruppe, die daran kooperierten, meine zahlreich eingereichten Beschwerden³³ komplett zu ignorieren.

OKR Lenz hat, mit Wissen und Billigung sowohl der Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt als auch der damaligen Ratspräsidentin Kurschus, als Dienstvorgesetzter des Geschäftsführers zuerst der ULK und dann der Stabsstelle Prävention, Herrn Rainer Kluck, dessen Dienstvergehen nicht korrigiert, seiner Amtsverpflichtung nachzukommen, in meinem Fall die Verfahrenskoordination sicherzustellen.³⁴ Diese Amtsverpflichtung ist ihm, vermittelt über seine Amtsvorgängerin, Frau Dr. Arns, von Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt als Dienstvorgesetzter im Sommer 2021³⁵ auferlegt worden. Das heißt, Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt wusste, genau wie Bischöfin Fehrs, dass Herr Kluck, als Amtsnachfolger von Frau Dr. Arns, die Amtsobliegenheit der Koordination meiner Verfahren übernommen hatte, nämlich mein ULK-Verfahren mit dem Verfahren im Landeskirchenamt zu koordinieren. Diese Verfahrenskoordination hätte sicherstellen sollen, dass mein ULK-Verfahren, welches temporär vom Landeskirchenamt in ein Pastor R. betreffendes Ermittlungsverfahren umgewandelt wurde, an die ULK für seine Fortsetzung zurückgeleitet wird.

OKR Lenz wusste, genau wie Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt, die damalige Ratspräsidentin Kurschus und Bischöfin Fehrs selbst, um die Tatsache, dass Herr Kluck dieser Amtsobliegenheit nicht

³² Gefragt „Was ist ein Beispiel für den Missbrauch der Macht eines Amtes?“ spricht Grok, X, u.a. von einem „Vertrauensbruch“. Diesen definiert er wie zitiert.

³³ Siehe [Die Beschwerden der Petentin](#).

³⁴ Siehe in der [Materialsammlung](#) das Kapitel „J.8.d. Abgesegnete Amtsverfehlungen der Oberkirchenräte“. Der Link findet sich auch hier: [„Oberstes Gebot Täterschutz. Evangelische Kirche lässt Missbrauchsaufarbeitung scheitern.“](#)

³⁵ Siehe dazu [hier](#) das Schreiben von Dr. Arns an die Petentin vom 23.06.2021.

nachgekommen ist. Nach Auswertung der diesen Vorgang betreffenden Korrespondenz³⁶ ist davon auszugehen, dass Herr Kluck diese Amtsverpflichtung wissentlich, absichtlich und auch abgesprochen mit den erwähnten leitenden Kirchenpersonen, vernachlässigt hat: Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt selbst hatte, als Dienstvorgesetzte sowohl von OKR Lenz als auch von Herrn Kluck, seiner Dienstvorgängerin, Frau Dr. Arns, diese Verfahrenskoordination übertragen. Sie tat das in dem vollen, von ihm, Bischöfin Fehrs und Anette Kurschus geteilten Wissen, dass diese Verfahrenskoordination notwendig gewesen wäre, um das in das Landeskirchenamt ausgelagerte und dort quasi geparkte ULK-Verfahren an die ULK zurückführen und dort fortsetzen zu können. Daran, dass diese Rückführung des Verfahrens der Petentin auf Jahre nicht, oder nie, stattfindet und daran, dass dieser Sachverhalt nicht öffentlich wird, haben OKR Lenz, Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt und die damalige Ratspräsidentin Kurschus, ihre Ämter missbrauchend, mit Bischöfin Fehrs kooperiert.

³⁶ Siehe im [„Anhang Korrespondenz“](#).